

Zehn Jahre Enquete-Bericht »Kultur in Deutschland«

Zur sozialen Frage im Kulturbereich



Dr. habil. Alexandra Manske war bis zum 1.9.2017 Professorin für Soziologie an der Universität Hamburg

Hier steht alles drin«, kommentierte einmal der Schauspieler Heinrich Schafmeister den Enquete-Bericht »Kultur in Deutschland«. Tatsächlich beeindruckt er auf mehr als 500 Seiten durch eine fundierte Informations- und Datenfülle, deren Erkenntniswert nicht zu überschätzen ist. Überdies ist er auch ein Zeitdokument.

So erschien der Bericht im Jahr 2007. Es war die Zeit der Agenda 2010. Der Zeitgeist stand auf Marktverherrlichung und gebot, dass die Schaffung von gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für unternehmerisches Handeln oberste politische Priorität habe. Gleichfalls wurden in der ersten Hälfte der 2000er Jahre die Hartz-Gesetze eingeführt. Damit wurde der Wohlfahrtsstaat nicht nur organisatorisch, sondern auch ideologisch neu ausgerichtet: Das unternehmerische Selbst wurde zum neuen Subjektideal stilisiert, Kreative zur Avantgarde eines kulturell modernisierten Unternehmer-Bildes und Künstler zum Kernbestandteil einer »kreativen Klasse« erklärt. Eine marktorientierte »Kreativität« war zum zeitgeistigen Heilswort aufgestiegen, begleitet vom Swing der »Kultur- und Kreativwirtschaft«.

Im Enquete-Bericht wird dieser soziale Wandel analytisch ernst genommen und als eine historische Entgrenzung des romantischen Künstlerbildes diskutiert. Zugleich ist der Bericht selbst nicht ganz frei von einer gewissen Marktapologetik. Etwa wenn »Klein- und Kleinstunternehmer« als »Kraftzentrum der Kulturwirtschaft« annonciert werden, die »Arbeitsplätze und Wertschöpfung« (7) schaffen. Nur um später trocken zu kommentieren, dass diese Sichtweise »umrankt von Mythen, Hoffnungen und Plattitüden« (238) sei. Der Enquete-Bericht fängt insofern inhaltliche Kontroversen, ja Kämpfe um die Deutungshoheit

in der politischen Bewertung des Arbeitsmarktes Kultur ein.

Sein zeitdiagnostischer Ausgangspunkt trägt diesen Kontroversen Rechnung, indem er konstatiert, dass aktuell »historisch gewordene Künstlerbilder nebeneinander existieren«. Stark gemacht wird indes eine Perspektive, die Kultur als »Wirtschaftsbereich« betrachtet, der »zur Sicherung eines vielfältigen kulturellen Lebens in Deutschland« beiträgt (7). Kulturschaffende werden als »Beginn der Wertschöpfungskette« angesehen (ebenda), wobei mit einem weiten Künstlerbegriff operiert wird.

Die im Bericht angeführte Problematik zur statistischen Erfassung der Erwerbstätigkeit in den Kulturberufen besteht bis heute – und sie hat sich durch das (politische) Konstrukt der Kultur- und Kreativwirtschaft gesteigert. So ist die Datenanalyse auf disparate Statistiken angewiesen, die jeweils »eine eigene Klassifikation für Kulturberufe verwenden« (291). In Übereinstimmung etwa mit dem Deutschen Kulturrat ist nach der Klassifikation der Berufe 2010 des Statistischen Bundesamts festzuhalten, dass im Jahr 2013 rund 1,3 Millionen Menschen in den Kulturberufen arbeiteten, d.h. 3,1 Prozent aller Erwerbstätigen in Deutschland. Zudem weisen diese Berufsfelder mit etwa vierzig Prozent einen relativ hohen Anteil an Selbstständigen auf, und neun von zehn Selbstständigen arbeiten alleine.

Vor diesem Hintergrund wird die wirtschaftliche und soziale Lage insbesondere selbstständiger Künstler verhandelt (229ff.). Selbstständige sind von besonderem Interesse, da sie als Prototypen der neuen Arbeitswelt gelten. Allerdings sei fraglich, »ob sich ... ein neuer Typus von profes-

sioneller Selbstständigkeit entwickelt oder ob eher schwierige, instabile berufliche Existenzen begründet werden.« (290). Dank des inzwischen jährlich durchgeführten Monitoring-Berichts des BMWi ist belegt, dass mehr als 30 Prozent der Kulturschaffenden als »geringfügig Erwerbstätige« einzustufen sind, deren Jahresumsatz als »Mini-Selbstständige« unter 17.500 Euro liegt bzw. Mini-Jobs ausüben. Verschärft wird deren Soziallage dadurch, dass eine steigende Anzahl mal abhängig und mal selbstständig arbeitet. Hybride Arbeit spiegelt eine im Bericht indes noch kaum berücksichtigte Entgrenzung der solo-selbstständigen Erwerbsform wider. Heute wissen wir aus der Forschung, dass sie Grenzgänge zwischen Erwerbsfeldern und -formen umfasst, die im Kern eine Unsicherheitsbewältigungs-Strategie sind und immer dann als kraftraubende Zerreißprobe erlebt werden, wenn die wirtschaftliche Lage prekär bleibt. Solche Grenzgänge sind folglich nicht per se individuell erwünscht, sondern wesentlich durch materiell prekäre Soziallagen verursacht. Unsere Daten zeigen aber auch, dass es darüber hinaus um die Idee einer berufsethisch zufriedenstellenden Lebensführung geht und eine Ökonomie der Not nicht der alleinige Treiber ist. In Ergänzung zu der im Enquete-Bericht aufgeworfenen Frage, »ob Selbstständigkeit bei Künstlern eher eine erzwungene Erwerbssituation oder Ergebnis einer freien Entscheidung ist« (293), sind deshalb zwei Dinge festzuhalten. Zum einen stellt sich in vielen Feldern diese Frage kaum (noch); hybride Erwerbskarrieren werden vielmehr zur Normalität und zum anderen wird die selbstständige Erwerbsform vielfach flexibel genutzt, um Berufs- und Lebenskonzepte mit Arbeitsmarktrealitäten zu synchronisieren.

Angesichts der dynamischen Entwicklungen von strukturell prekären Bedingungen und im Kern unverändert ungewissen und polarisierten Einkommensverhältnissen wird der Schutz vor sozialen Risiken der Lebenslage zu einer zunehmend komplexen Herausforderung. Angezeigt ist, sowohl den Versicherungsschutz durch die KSK

an die Realitäten anzupassen – etwa in Bezug auf die relative Zuverdienstgrenze oder die »Superstarklausel«, die eine Befreiung von der Versicherungspflicht ermöglicht –, als auch eine langfristige Neuausrichtung des Sozialversicherungssystems in Gang zu bringen, beispielsweise in Form einer Erwerbstätigenversicherung.

Die Enquete-Kommission hatte Bund und Ländern empfohlen, im Rahmen ihrer Kultur- und Kreativwirtschaftsberichte wirtschaftliche und soziale Fragen gleichermaßen zu thematisieren (292). Das ist in Teilen instruktiv umgesetzt worden. Ratsam wäre eine Ergänzung der wirtschaftspolitischen um eine soziologische Perspektive, die ein praxisorientiertes Wissen der sozioökonomischen, institutionellen und organisatorischen Verhältnisse in die Diskussion einbringen kann.

Trotz der umfassenden Erkenntnisse, die der Enquete-Bericht vermittelt, werden einige zukunftsweisende soziale Fragen nicht tiefer ausgelotet. Sie signalisieren Forschungs- und politischen Handlungsbedarf. Dass Geschlechterungleichheiten im Kulturbereich sogar ausgeprägter sind als in der übrigen Arbeitswelt, ist ein Thema, das erst langsam aufgearbeitet wird. »Digitalisierung« ist derzeit das zentrale Schlagwort, um den Wandel der Gegenwartsgesellschaft zu beschreiben. Noch wenig erforscht sind aber ihre sozialen und kulturellen Fragen, etwa die Digitalisierung von Kulturarbeit und ihre sozialen Folgen z.B. auf die Lebensführung. Und schließlich wissen wir zwar, dass es eine Vielzahl von Berufsverbänden und interessenpolitischen Netzwerken gibt, die teils auch neue arbeitspolitische Handlungsarenen eröffnen. Weitgehend offen ist bislang aber, inwieweit bereichsübergreifende Allianzen zwischen den unterschiedlichen, interessenpolitischen Koalitionen entstehen sowie ob und inwieweit sich der Staat als arbeitspolitischer Akteur engagieren sollte. Etwa in Form einer Kommission, die analog der Mindestlohnkommission ein Konzept für »gute Arbeit und faire Bezahlung im Kulturbereich« erarbeitet. ■

Retribalisierung der öffentlichen Sphäre

»Was als Bilanz der letzten zwei Jahre vielleicht am deutlichsten gilt, ist, dass nicht nur die wohlmeinenden akademischen Mittelschichten Identitätspolitik betreiben, sondern auch jene, die sich besorgte Bürger nennen. Dass ein wichtiger politischer Arm dieser Bewegung ›Identitäre Bewegung‹ heißt, ist keineswegs ein Zufall. Die Selbstkritik, man habe nicht alle Gruppen angesprochen, habe die da unten nicht ernst genommen, sei dem Phantasma des Gutmenschlichen erlegen, zeigt aber nur unfreiwillig, dass sich Gesellschaften eben nicht mehr als integrierte Arenen ansprechen lassen. Und dies scheint doch das beunruhigende Neue zu sein: dass sich die eingeübte Praxis einer Arena-Gesellschaft mit einem gemeinsamen Horizont in Richtung von unvereinbaren sozialmoralischen Gruppen und Milieus verschoben hat. Man kann von einer Retribalisierung der öffentlichen Sphäre sprechen.«

Arnim Nassehi: Schwarz und Weiß. Wer ist nun schuld am Rechtspopulismus? Die Flüchtlingskrise? Die Arroganz der Wohlmeinenden? Oder stellen sich eigentlich ganz andere Fragen? Eine Bilanz, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 288, 13. Dezember 2016, S. 11